

Grün wählen! Menschen wählen!



Für Neugierige:
Um den Grünen Wandel in Fürth mit Schwung weiter voranzubringen, brauchen wir mehr Grüne im Stadtrat! Deshalb wählen Sie am 16. März 2014 Liste 4 - Bündnis 90 / Die Grünen. Zeit, dass es Grün wird!

Platz 1 bis 12
Liste 4

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
FÜRTH

www.gruene-fuerth.de



Kommunalwahlprogramm 2014
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Kreisverband Fürth Stadt

INHALTSVERZEICHNIS

GRÜNE VISION FÜR FÜRTH 2030.....4

Nur ein Traum?!?.....4

UMWELT UND RESSOURCEN.....6

<i>Stadt im Grünen</i>	6
<i>Grüne Energie für Fürth.....</i>	6
<i>Energiesparen geht vor!</i>	7
<i>Wasser- und Luftqualität verbessern</i>	7
<i>Entsorgung einfacher und nachhaltiger machen</i>	7
<i>Verträgliche Landwirtschaft für Mensch und Natur</i>	8
<i>Tierschutz</i>	8

BILDUNG IST LEBENSLANGES LERNEN.....10

<i>Schule.....</i>	10
<i>Inklusion</i>	10
<i>Ganztagesschulen</i>	10
<i>Ausstattung.....</i>	11
<i>Kooperation</i>	11
<i>Regionale Verpflegung</i>	11
<i>Bildung ist mehr als nur Schule</i>	11

DEMOKRATISCHE STADT.....13

<i>Arbeitsweise einer modernen Stadtpolitik.....</i>	13
<i>Partizipation betroffener Gruppen.....</i>	13
<i>BürgerInnenbeteiligung – Bürgerentscheide.....</i>	13
<i>Gläserne Stadtratspolitik.....</i>	14

ENTSCHIEDEN GEGEN RASSISMUS UND

FASCHISMUS15

FRAUEN UND GLEICHSTELLUNG17

<i>Handlungsbedarf bei Gewalt gegen Frauen</i>	17
<i>Mehr Chancengleichheit bei der Existenzsicherung</i>	17
<i>Kultur- und Bildungsprojekte fördern Selbstbestimmung</i>	17

INTEGRATION.....19

<i>Integrationskonzept – die wichtige Arbeit des Integrationsbeirats</i>	19
<i>Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten</i>	19
<i>Flüchtlingspolitik</i>	20

KINDER UND JUGENDLICHE22

<i>Hilfen für Familien von Anfang an</i>	22
<i>Optimierung der Sorge für das Kindeswohl</i>	22
<i>Teilhabe für Kinder aus bedürftigen Familien.....</i>	22
<i>Gute Kindertagesstätten zahlen sich aus</i>	23
<i>Gute Kitas entlasten Familien.....</i>	23
<i>Offene Kinder- und Jugendarbeit:.....</i>	23

KULTUR – VIELFALT STATT EINFALT 25

<i>Kreativwirtschaft stärken</i>	25
<i>Kulturreferat aufwerten</i>	25
<i>Gustavstraße ist Kult!</i>	26
<i>Museumskonzept</i>	26
<i>Kultur braucht Raum für Begegnungen</i>	26
<i>Denkmalschutz als Chance</i>	26

LESBEN, SCHWULE UND TRANSGENDER 28

REGIONAL UND FAIR 29

<i>Fair vor Ort</i>	29
<i>Netzwerke aufbauen</i>	29

SOZIALES 31

<i>Hilfen für Familien und Alleinerziehende</i>	31
<i>Demografie – Leben im Alter</i>	32

VERKEHR 33

<i>Autoverkehr durch attraktive Alternativen unnötig machen</i>	33
<i>Schienenverkehr verbessern</i>	33
<i>Busverkehr in Fürth: Modernisieren statt ausdünnen!</i>	33
<i>Fürth zu Fuß und mit dem Fahrrad: emissionsfrei, gesund und kostengünstig!</i>	34
<i>Autoverkehr: weniger, langsamer, sicherer</i>	34

WIRTSCHAFT: FÜRTH – MEHR ALS NUR EINE SCHLAFSTADT! 36

<i>Neue Gewerbebetriebe für Fürth</i>	36
<i>Auslobung von Unternehmen</i>	36
<i>Gemeinsames Ressourcenmanagement</i>	36
<i>Fokus Stadtentwicklung</i>	37

WOHNUNGSPOLITIK 38

<i>Bezahlbarer Wohnraum</i>	38
<i>Instandhaltung</i>	38
<i>“Allen gerechtes Wohnen”</i>	38
<i>Vermeidung von Gentrifizierung</i>	39
<i>Leerstand vermeiden</i>	39
<i>Flächenversiegelung</i>	39
<i>BürgerInnenbeteiligung und Konflikte beim Denkmalschutz</i>	39

Grüne Vision für Fürth 2030

Stell Dir vor, Du sitzt entspannt auf einer Bank. Der Platz ist ruhig, kein Verkehr ist zu hören, und es ist er herrlich grün. Kinder spielen zwischen all den Pflanzen Verstecken, ältere Menschen sitzen auf den zahlreichen Bänken und unterhalten sich angeregt mit den GärtnerInnen oder den Kindern. RadfahrerInnen fahren gemächlich durch diese Idylle. Vielleicht hast Du Lust, Dich nochmal mit FreundInnen in einem der kleinen Cafés zu treffen, um dann einen Stadtbummel durch die über Fürths Grenzen hinaus bekannten individuellen Läden zu unternehmen. In dieser lebendigen UnternehmerInnenkultur gibt es immer etwas zu entdecken. Du freust Dich über das vielseitige Angebot oder kaufst einfach nur Deine Lebensmittel aus regionalem ökologischem Anbau. Vielleicht hat aber diesen Einkauf schon ein Mitbewohner Deines Mehrgenerationenhauses erledigt, weil er heute in der Gemeinschaftsküche für alle kochen möchte? Nach dem gemütlichen Stadtbummel steigst Du an einer der zahlreichen Haltestellen des kostenlosen ÖPNV in den Bus ein. Dein Bus hat weitgehend freie Fahrt, da der Autoverkehr nur noch außerhalb der Stadt zulässig ist. Ab und an begegnen Dir elektrisch betriebene Lieferfahrzeuge. Du fährst am Hauptbahnhof vorbei. Dort nimmst Du wahr, wie einfach die Warenverteilung in die Stadtteile funktioniert. Auf dem Nachhauseweg siehst du fröhliche Kinder, die in den Seitenstraßen Ball spielen oder im dauerhaft offenen Schulhof an den Spielgeräten beschäftigt sind. Die Arbeitswege der Eltern sind kurz, die Arbeitszeiten flexibel und das Gehaltsgefüge so, dass ein ordentliches Auskommen gewährleistet ist. Existentielle Sorgen gibt es nicht, weil Ausbildung und Arbeitsplätze gesichert sind.

Nur ein Traum?!?

Du erwachst gerade von Deinem Tagtraum und stehst auf der Fürther Freiheit: Der Blick geht über eine nicht enden wollende steinerne Leere. Es ist laut, weil der Straßenverkehr in dieser Leere widerhallt. Im Hintergrund hörst Du die Bauarbeiten eines weiteren, nichtssagenden Einkaufszentrums. Dabei gibt es noch nicht einmal eine Lösung für ein Bestehendes. So richtig gefallen will es Dir nicht, und Du begibst Dich nach Hause – allein –wenn Du Glück und Geld hast, in ein schönes Häuschen am ruhigen Stadtrand. Manchmal bescheicht Dich die Angst, dass die Wohngegend eines Tages zu einsam wird: Menschen gehen weg, Du kennst niemanden mehr, die Geschäfte schließen. Hast Du Dir tatsächlich Dein Leben so vorgestellt? Um eine lebenswerte Stadt zu gestalten, müssen langfristige Visionen entwickelt werden, auch wenn sie zunächst utopisch anmuten. Das Festhalten an den gegenwärtigen Verhältnissen hält die Stadt in einem auf die Dauer weder ökologischen noch lebenswerten Status gefangen. Dies äußert sich in den eher reaktiven und fantasielosen Planungen der Stadt Fürth. „Urban Gardening“ ist die meist kleinräumige, landwirtschaftliche Nutzung städtischer Flächen innerhalb von Siedlungsgebieten oder in deren direktem Umfeld. Die nachhaltige Bewirtschaftung der gärtnerischen Kulturen, die umweltschonende Produktion und ein bewusster Konsum der landwirtschaftlichen Erzeugnisse stehen im Vordergrund.

Städtischer Gartenbau ist eine Sonderform der urbanen Landwirtschaft. Fürth hat mehr verdient als seelenlose und beliebig austauschbare Konsumlandschaften oder nur mit dem Pkw erreichbare Einkaufszentren vor den Toren der Stadt. Es kann nicht akzeptiert werden, dass sich Städteplanung nur noch auf Ausweisung von Industriegebieten und Einkaufszentren reduziert. Die Stadt ist ein lebendiger Organismus jenseits von Steinen und Flächenversiegelung. Wir Grünen wollen der Soziologie und Ökologie einer menschlichen Stadt Rechnung tragen!



Umwelt und Ressourcen

Umweltpolitik darf in den vielen Bereichen der Kommunalpolitik nicht untergehen. Unsere grundsätzliche Forderung ist deshalb, dass sie aufgewertet wird: Aus dem Umweltamt, das bisher dem Ordnungsamt angegliedert ist, soll wieder ein finanziell und personell besser ausgestattetes Amt mit umfassenden Befugnissen (Umweltplanung) werden.

Stadt im Grünen

Grünflächen sind Lebensadern einer Stadt: Sie bieten Platz für Erholung und Bewegung und sind wichtig für saubere Luft, Abkühlung in den Sommermonaten und den Schutz unseres Trinkwassers.

Der Erhalt der Flussauen und des Stadtwalds darf deshalb nicht für weitere Wohn- und Gewerbegebiete geopfert werden. Schluss mit der fortschreitenden Flächenversiegelung! Wir wollen einen Bestandsschutz für Landschaftsschutzgebiete einrichten und dem Baumschutz oberste Priorität einräumen. Die wiederholten und illegalen Fällaktionen von einigen Bauinvestoren machen es nötig, die Einführung einer Baumkauftaft ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Der Verlust großer Bäume ist durch Nachpflanzungen kaum zu ersetzen.

Darüber hinaus wollen wir neue Bäume pflanzen und Straßen und Parkplätze sowie die Dächer von Parkhäusern begrünen. „Kleinräumiges Gärtnern in der Stadt“ (sog. urban gardening) bietet einen interessanten Ansatz hierfür und sollte von der Stadt gefördert werden. Hundetoiletten, wie sie sich bereits in anderen Städten bewährt haben, werden wir einrichten. Außerdem wollen wir dafür sensibilisieren, dass Gehölze während der Brutzeit nicht zurück geschnitten werden.

Grüne Energie für Fürth

Statt des bisherigen Stroms aus norwegischer Wasserkraft soll die Infra Ökostrom aus Bayern einkaufen und in den Bau von regionalen Neuanlagen im Bereich der erneuerbaren Energien investieren. Die Biogaserzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen muss so weit wie möglich von Mais auf umweltschonendere Pflanzensorten umgestellt werden, um die Negativfolgen von Mais-Monokulturen zu vermeiden und die ökologische Landwirtschaft zu fördern. Wir werden uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Bonuszahlungen für nachwachsende Rohstoffe neu geregelt werden. In die Biogaserzeugung soll außerdem der städtische Biomüll einbezogen werden. Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle Dächer von städtischen Gebäuden zur Sonnenergienutzung zur Verfügung stehen. Vor allem die Solarthermie wollen wir weiter ausbauen. Wo es sinnvoll ist, können statt der bisherigen Gasheizung effizientere Blockheizkraftwerke eingebaut werden. Den Ausbau der Windkraft wollen wir im Rahmen der Möglichkeiten einer dicht besiedelten Stadt auf den Windvorrangflächen vorantreiben.

Energiesparen geht vor!

Wir Grüne fordern ein unabhängiges Energieberatungszentrum in der Innenstadt für Privathaushalte und Wirtschaft (Steuerung in städtischer Hand). Wir wollen, dass Worten Taten folgen: Der Klimaschutzfahrplan, den die Stadt erstellt hat, soll endlich auch umgesetzt werden. Die Zahl der CO2-Bilanz-Meilensteine muss erhöht und ihr Erreichen jährlich überprüft werden. Bei städtischen Gebäuden und Gebäuden in öffentlicher Hand (z.B. GmbH der Stadt Fürth) regen wir die Erstellung eines Energieverbrauchskatasters an.

Beim Verkauf von städtischen Liegenschaften zum Umbau oder zur Sanierung durch Dritte muss zuvor ein Energiestandard festgelegt werden. Auch bei denkmalgeschützten Gebäuden wollen wir die Wärmedämmung (Hoffassaden und Innendämmung) erleichtern. Zur Sanierung von Altbaubeständen wollen wir das Programm „Soziale Stadt“ heranziehen. Bei Neubauten sollen fortgeschrittene Energiestandards (z.B. der Einbau von intelligenten Stromzählern) und die Nutzung von Sonnenenergie zur Pflicht werden. Neue städtische Gebäude werden im Passivhausstandard errichtet. Darüber hinaus wollen wir die energetische Sanierung aller städtischen Liegenschaften angehen: Zur Finanzierung schlagen wir innovative Modelle wie „Contracting“ oder Bürger-Innenfonds vor.

Den Ausbau von Solarthermie und Photovoltaik für Mehrfamilienhäuser im Altbestand wollen wir fördern. Zur Information der EigentümerInnen wollen wir das Angebot des Stromsparchecks ausbauen und die qualifizierte Energieberatung fördern. Wir fordern, das Betreiben von Heizpilzen und Elektroheizgeräten, mit denen im Winter auf offener Straße sinnlos Energie verschwendet wird, auf städtischem Grund konsequent zu verbieten.

Wasser- und Luftqualität verbessern

Die Ziele Grüner Politik sind, die Verschmutzung des Wassers durch Löschschaume und Düngung sowie Pestizid- und Herbicideinsatz in der Landwirtschaft zu verringern, Wasserschutzgebiete zu erhalten und die Gefahr durch eine Privatisierung der Wasserversorgung abzuwenden.

Die Luftqualität in Fürth wird regelmäßig gemessen. Bei dieser Messwertabfrage muss in Zukunft die komplette Palette der in Frage kommenden Schadstoffe abgefragt werden. Wir wollen darüber hinaus eine zusätzliche Messstelle (bisher eine in der Theresienstraße). Kleine Verbrennungsanlagen müssen auf saubere Brennstoffe, wie z. B. Gas, umgestellt oder ersatzweise mit Filtern ausgestattet werden, wobei Beratungsangebote helfen sollen.

Entsorgung einfacher und nachhaltiger machen

Wir wollen die Öffnungszeiten der Recyclinghöfe beträchtlich ausweiten, um auch für Vollzeit-Berufstätige ein sinnvolles Angebot zu machen. Zusätzlich wollen wir einen weiteren Recyclinghof einrichten. Biomüll darf nicht einfach ungenutzt verrotten, sondern soll zur Herstel-

lung von Biogas genutzt werden. Zur Verbesserung der Recyclingquote und Abfallvermeidung sind mehr Abfallberater einzustellen. Die Sperrmülltrennung muss optimiert werden. Gleichzeitig wollen wir bei der Wertstoffverwertung mehr Transparenz schaffen.

Verträgliche Landwirtschaft für Mensch und Natur

Auf städtischen Feldern ist es unser Ziel, komplett auf ökologischen Anbau umzustellen. Regionale Betriebe, die auf ökologische Landwirtschaft umstellen wollen, sollen von der Stadt unterstützt werden. Beim Mähen der Felder muss mehr Rücksicht auf bodenbrütende Vogelarten genommen werden. Bündnis90/ Die Grünen stehen ohne Wenn und Aber für eine gentechnikfreie Zone Fürth – auch zur Biogaserzeugung.

Tierschutz

Das Tierschutzhause Fürth leistet wichtige Arbeit und sollte daher mehr finanzielle Unterstützung erhalten. Für freilaufende Katzen führen wir eine Kastrations- und Markierungspflicht ein. Die Aufklärung über den artgerechten Umgang mit Tieren sowie deren Haltung muss bereits im Kindesalter – also in Kita und Grundschule – anfangen.

Deshalb fordern wir Grünen:

- Erhalt von Grünflächen, Landschaftsschutzgebieten und Bäumen;
- Einführung einer Baumkaution
- Ein eigenständiges Umweltamt mit besserer finanzieller und personeller Ausstattung und umfassenden Befugnissen (Umweltplanung)
- Konsequente Umsetzung des Fürther Klimaschutzfahrplanes; Weiterentwicklung des Solarpreises zum Klimaschutzpreis der Stadt Fürth
- analog dem Freistaat Bayern ein Passivhausstandard bei städtischen Neubauten und ein erhöhter Energiestandard bei Sanierungsmaßnahmen
- Anreize für Energiesparmaßnahmen und ein unabhängiges Beratungszentrum; Fachberatungsstelle für denkmalgeschützte Häuser
- Schrittweise Umstellung der Straßenbeleuchtung auf energiesparende LED's
- Abkehr von Mais und anderen Monokulturen bei der Biogaserzeugung
- Einrichtung eines weiteren Recyclinghofs und Ausweitung der Öffnungszeiten; mehrsprachige Abfallberatung; Müllvermeidung vor Verwertung und Entsorgung; energetische Nutzung des Bioabfalls
- Initiative zur Errichtung einer weiteren Luftschadstoff-Messstelle
- Schutz von Kindertageseinrichtungen vor Mobilfunkstrahlung
- vollständigen Erhalt der Trinkwasserschutzgebiete; keine Privatisierung der Wasserversorgung

- Ausstattung aller öffentlichen Gebäude mit Solaranlagen und mehr Investitionen in erneuerbare Energien
- ökologischer Anbau auf städtischen Pachtflächen; Gentechnik-freie Zone Fürth
- keine Versiegelung des Knoblauchslands
- Finanzielle Unterstützung von Tierschutzvereinen

Bildung ist lebenslanges Lernen

Über die Lebenschancen unserer Kinder entscheidet eine gute Schulbildung. In Bayern hängt jedoch der Erfolg in der Schule häufig nicht von den Talenten der Kinder ab, sondern vom Geldbeutel der Eltern. Die größten VerliererInnen sind häufig die Migrantenkinder.

Schule

Die Zuständigkeit der Stadt bleibt zwar auf die Gebäude, Außenanlagen, HausmeisterInnen, Mittagsbetreuung und SchulsozialarbeiterInnen beschränkt. Sie kann jedoch indirekt über das staatliche Schulamt Einfluss nehmen. Wir werden nicht müde, Anregungen für Ganztagsklassen und Reformkonzepte einzubringen. Für das Gelingen des Projekts Schule bedarf es der Zusammenarbeit aller Schularten mit dem langfristigen Ziel: EINE SCHULE FÜR ALLE!

Inklusion

Wir wollen eine Schule, die leistungsorientiert und sozial gerecht ist. Hier können wir von den PISA-Siegern lernen. In einer gemeinsamen neunjährigen Schulzeit sind alle Kinder eines Schulsprenzels vereint, auch Kinder mit Behinderungen. Sie lernen gemeinsam und sammeln wichtige Erfahrungen. Inklusion ist ein Prozess, in den alle Beteiligten einbezogen und dafür gewonnen werden müssen: Eltern, Lehrpersonal, aber auch die Stadt. Damit kein Kind zurück bleibt, benötigen wir SchulsozialarbeiterInnen an allen Schulen. Um allen SchülerInnen gleiche Chancen im Bildungssystem zu bieten, ist Inklusion von Anfang an schrittweise umzusetzen. Eine Ausweitung der Angebote für Kooperationsklassen und Außenklassen auf alle Schulen sind ebenso dringend erforderlich wie Konzepte für Einzelinklusion und Schulbegleitungen. Um Lehrkräfte und SozialpädagogInnen auf diese Aufgaben vorzubereiten, sind Fortbildungssangebote nötig, die einen tieferen Einstieg in das kommende Zeitalter der Inklusion ermöglichen. Noch stehen wir mit der Inklusion in den Schulen am Anfang.

Ganztagschulen

Für die individuelle Förderung unserer Kinder eignet sich die Ganztagschule am besten, deshalb soll es ein flächendeckendes Angebot geben. Besonders wichtig hierbei ist ein gutes Angebot an Umweltbildung, sozialer, interkultureller und demokratischer Bildung. Wir brauchen mehr gebundene Ganztagschulen/-klassen in allen Schularten. Dies stellt eine sinnvolle Antwort auf die veränderten Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen dar. Eine rhythmisierte Schule hilft zu entschleunigen, denn es geht hier nicht nur um eine komprimierte Wissensvermittlung: Mehr Zeit entlastet Schüler wie Lehrer und lässt Raum für Kreatives. So entsteht gefestigtes Wissen. Um einen sinnvollen Ganztagsbetrieb zu gewährleisten, ist langfristig die Einbeziehung der Horte wichtig, die zum pädagogischen Kompetenzzentrum im Sprengel ausgebaut werden sollten.

Ausstattung

Wichtig sind die Ausstattung von Räumen und die Anschaffung von speziellem Unterrichtsmaterial, um eine Differenzierung zu ermöglichen. Nur so kann Inklusion machbar werden. Auch SchülerInnen mit Migrationshintergrund haben bekanntlich schlechtere Startchancen in der Schule. Wir befürworten ausdrücklich die wertvolle Arbeit der Vorklassen zur Sprachförderung und eine spezielle Förderung für den Übergang auf weiterführende Schulen. Jahrgangsübergreifende Klassen sowie eine längere gemeinsame Schulzeit sind weitere Bausteine.

Kooperation

Die Kooperation mit außerschulischen Bildungsangeboten/Vereinen wie z. B. Sportvereinen, Musikschulen, usw. ist weiter zu entwickeln. Es genügt nicht, sich zu beklagen, dass immer weniger Kinder und Jugendliche Zeit und Motivation für Hobbies haben. Wenn der Schüler nicht zum Verein kommt, wollen wir fördern, dass der Verein in die Schule zum Schüler kommen kann. Solche Kooperationen sollen fester Bestandteil der Schulkultur werden.

Regionale Verpflegung

Regionales und gesundes Essen in Schulmensen und im Pausenverkauf sollten selbstverständlich sein. Wichtig ist uns an dieser Stelle, diesbezüglich Vorgaben gemeinsam mit den Schulen zu entwickeln. Unser Ziel dabei ist, diese Vorgaben dann durch verbindliche Anordnungen des Schulamts an die SchulleiterInnen, Anweisungen in der Hausmeisterordnung und in einen konkreten Kriterienkatalog für den Einkauf von Schulverpflegung sowie für die Auftragsvergabe an externe Caterer oder schuleigene KantinenbetreiberInnen umzusetzen.

Bildung ist mehr als nur Schule

Bildung umfasst den gesamten Prozess der menschlichen Entwicklung und Entfaltung, um dessen Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Entwicklung und Lösung der alltäglichen Aufgabenstellungen zu ermöglichen. Die Befähigung zum lebenslangen Lernen muss sich als Konzept durch das ganze Leben ziehen. Diese beginnt in den Familien als kleinste Keimzelle für Bildung. Es folgen die Kindertagesstätten und die Schule. Doch auch nach der Schule und Ausbildung muss ein vielfältiges Angebot für Erwachsene zur Verfügung stehen, denn Bildung darf nicht auf den schulischen Bereich reduziert werden. Vielmehr sollten zusätzliche Bildungsangebote für alle Alters- und Sozialgruppen angeboten werden. Diese außerschulischen Einrichtungen sollten den Lernenden ermöglichen, wissbegierig und eigenständig zu entdecken, was Kultur und Gesellschaft zu bieten haben. Dazu gehören Kenntnisse der Geschichte, der Architektur, der Kunst, der Literatur und der Musik ebenso wie das Verständnis von wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen. Das alles bereichert und trägt zum Verständnis der Welt bei, denn hier liegt das Fundament

für ein Zusammenleben der Menschen mit der Weitsicht, die wir nötig brauchen.



Deshalb fordern die Grünen:

- Gebundene Ganztagschulen mit rhythmisiertem Schulalltag und Einbeziehen von Vereinen und Verbänden
- Gemeinsame Schulbesuche aller Schularten mit Inklusion von Kindern mit Behinderungen
- Mehr SchulsozialarbeiterInnen
- Bessere Ausstattung für Bildungseinrichtungen, Volkshochschule und Stadtbibliothek
- Bessere Ausstattung der Stadtbibliothek mit kostenfreiem und barrierefreiem Internetzugang sowie Ausweitung des Angebotes – eventuell Rückholung in den Innenstadtbereich
- Förderung und Stärkung des Ehrenamtes bzw. Unterstützung von Vereinen und Institutionen
- Niedrigschwellige Angebote, um alle Altersklassen und alle Bildungsschichten anzusprechen
- Angebot von Berufsaufbau- und Weiterbildungsmaßnahmen
- Stärkung der Fürther Museenlandschaft
- Schaffung von kostenlosen Zugangsmöglichkeiten für Bildung für sozial benachteiligte Gruppen
- Kostenlose Internetzugänge in den Stadtgebieten
- Raum für Begegnungen und Austausch (Stadtteilzentren)

Demokratische Stadt

Arbeitsweise einer modernen Stadtpolitik

Die Grünen fordern eine offene und transparente Diskussionskultur in und mit der Stadt Fürth. Es kann in einer modernen Gesellschaft nicht sein, dass BürgerInnen und StadträteInnen bei wichtigen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden können, um sie anschließend vor vollendete Tatsachen zu stellen. Über wichtige Belange der Kommunalpolitik sollten nicht nur einige wenige diskutieren und entscheiden dürfen. Es muss also eine transparente Informationslinie zwischen Verwaltung, MandatsträgerInnen und BürgerInnen geschaffen werden. So entwickelt sich eine konstruktive Gesprächskultur auf gleicher Ebene und ein damit einhergehender Abbau hierarchisch geprägter, personenbezogener Kommunikationsstrukturen. Es sollte selbstverständlich sein, dass VertreterInnen der Fraktionen als von den BürgerInnen gewählte RepräsentantInnen jederzeit Zugang zu ReferentInnenrunden erhalten.

Partizipation betroffener Gruppen

Neben den Behinderten-, Senioren- und IntegrationsräteInnen müssen Kinder und Jugendliche durch ein Jugendparlament oder einen Jugendrat vertreten sein. Durch politische Bildung in der Schule und in Jugendgruppen und -Einrichtungen ebenso wie durch eigenes Engagement erwerben sie Wissen und Kompetenzen, von denen sie lebenslang profitieren können. Jugendliche und Kinder können und sollen ihre Rechte selbst wahrnehmen und benötigen eine eigene Lobby, damit nicht weiter durch eine alternde Gesellschaft über ihre Köpfe hinweg entschieden wird.

BürgerInnenbeteiligung – Bürgerentscheide

Das ständige Misstrauen in die Kompetenzen der BürgerInnen muss aufhören. Die Kommunalpolitik eröffnet den BürgerInnen wie keine andere politische Ebene die Möglichkeit, aktiv das eigene Lebensumfeld mitzugestalten. Deshalb ist es aus Grüner Sicht zwingend erforderlich, dass die BürgerInnen bereits frühzeitig in die wesentlichen Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Dies wird ermöglicht, indem eine kommunale Leitlinie zur strukturierten BürgerInnenbeteiligung erstellt wird (siehe z.B. das Heidelberger BürgerInnenbeteiligungskonzept). Hierzu gehören verbindliche Regelungen der Bürgerbeteiligung, z. B. frühzeitige Information, Mitteilung von Planungsvorhaben. Außerdem gehören auch das Schaffen von Verbindlichkeit innerhalb des kooperativen Beteiligungskonzeptes sowie die Beteiligung der breiten Öffentlichkeit durch Befragungen und Abstimmungen dazu. In der Summe müssen am Ende alle Entscheidungen transparent nachvollziehbar sein, z. B. durch die Offenlegung von Sitzungs- bzw. Verlaufsprotokollen. Daher schließt sich auch die Forderung an, vermehrt unaufgefordert BürgerInnenbefragungen bei wichtigen, alle BürgerInnen betreffenden Themen durchzuführen. Dies würde den Entscheidungen einzelner

Politiker nach Gutsherrenart entgegenwirken.

Generell muss über eine andere Kommunikationskultur nachgedacht werden. Es schafft kein Vertrauen der Bürgerschaft in die Politik, wenn Bürgerversammlungen erst dann einberufen werden, nachdem bereits massive Konflikte vorhanden sind oder wenn diese dann als politische Plattformen zur Beruhigung der Bürger missbraucht werden.

Hierzu bedarf es regelmäßiger BürgerInnenversammlungen für die jeweiligen Stadtteile (z.B. Altstadt, Südstadt, Hardhöhe etc.)! Ebenso sollte man den BürgerInnen ermöglichen, sich mit dem BürgerInnenhaushalt auseinanderzusetzen. Andere Großstädte leben das schon erfolgreich vor. Fürth hat einen großen Nachholbedarf an Transparenz und gewollter Mitarbeit der BürgerInnen. Bürgerbeteiligungsleitlinien wie z. B. das Heidelberger Modell fordern umfassend strukturierte und transparente Informationen über Planungen und Befragungen vor Entscheidungen bei Großprojekten.

Gläserne Stadtratspolitik

In einer veränderten Arbeits- und Gesellschaftswelt erscheint es antiquiert zu erwarten, dass arbeitende BürgerInnen an Sitzungen während der Kernarbeitszeiten nur persönlich teilnehmen können. Das ist jenseits der Realität und schließt gewollt oder ungewollt den größten Teil der Bevölkerung an politisch-transparenten Arbeitsschritten aus. Um jedem/r BürgerIn die Möglichkeit der Information über die Arbeit in den Gremien der Stadt geben zu können, soll es im Rahmen der modernen Medien- und Kommunikationslandschaft eine Selbstverständlichkeit werden, dass z.B. über Livestream oder als Podcast abrufbare Mitschnitte die Sitzungen verfolgt werden können. Das wäre ein großer Schritt zu einer ernst gemeinten Demokratie und weg von den undemokratischen Entscheidungen hinter verschlossenen Türen.

Deshalb fordern die Grünen:

- Übertragung der Sitzungen via Livestream und Podcasts
- Einführung eines BürgerInnenhaushalts
- Frühzeitiger Informationszugang bei Plänen der Stadtentwicklung
- Erstellung eines Konzepts zur strukturierten BürgerInnenbeteiligung
- Echte direkte Demokratie mit Befragungen und Abstimmungen
- Regelmäßige Stadtbezirksversammlungen
- Einbeziehung von Jugendlichen – z.B. durch ein Jugendparlament

Entschieden gegen Rassismus und Faschismus



Bündnis 90/Die Grünen verurteilen jede Form von Rechtsradikalismus und Faschismus. Die Stadt Fürth engagiert sich in verschiedenen Netzwerken gegen Rechtsextremismus in der Region. Unter anderem ist die Stadt der "Europäischen Städte Koalition gegen Rassismus" und der "Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion" beigetreten.

Besonders das Bündnis gegen Rechts leistet hiergegen eine wertvolle Arbeit. Das Bündnis wird gemeinsam mit vielen Gruppen nicht müde, Aktionen gegen Rechts zu organisieren oder die Erinnerungskultur wachzuhalten. Es wird Zeit, dass dieses Engagement entsprechend honoriert wird. Die Grünen unterstützen auf allen politischen Ebenen die Arbeit des Bündnisses gegen Rechts und sind auch Partner im Selbigen.

Bündnis 90/Die Grünen haben im Stadtrat immer deutlich darum gekämpft, dass dieser Position bezieht. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat sich der Stadtrat klar gegen rechtsextremes Gedankengut oder Auftreten in Fürth positioniert. Trotz allem kommunalen Engagements gibt es in Fürth und im Umland ausgeprägt rechtsextreme Strukturen mit Verbindungen ins rechtsterroristische Spektrum. Heute ist vor allem das "Freie Netz Süd" (FNS) als rechtes Netzwerk in Franken mit seiner Tarnorganisation in Fürth „Bürgerinitiative Soziale Fürth“ (BiSF) aktiv. Engagierte JournalistInnen haben Verbindungen des FNS zum "Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU) recherchiert. Leider belegen diese Recherchen auch, dass die schlagkräftigen fränkischen Neonazistrukturen von V-Leuten und mit Geldern des Verfassungsschutzes aufgebaut und gefestigt wurden. Neue AnhängerInnen werden in der Neonazi-Szene vor allem über rechte Musikveranstaltungen geworben. Dabei öffnen nicht nur Auftritte von eindeutigen Rechtsrock-Bands die Türe in die innere Szene. Eine Schlüsselrolle spielen deutschationale Bands der sogenannten "Grauzone", die sich selbst als "unpolitisch" bezeichnen. Eine Abgrenzung gegen „Grauzone“-Bands erfolgt aus Unwissenheit oder Ignoranz meist viel zu wenig.

Deshalb fordern die Grünen:

- Initiativen, Vereine und Gruppen, die sich gegen Rechts engagieren, müssen von städtischer Seite gefördert und finanziell unterstützt werden.
- Vorbildliche Präventionsprojekte wie "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" werden weiter ausgebaut. Bildungspolitische und kulturelle Veranstaltungen wie die "Internationalen Wochen gegen Rassismus" erhalten eine sichere Grundlage, damit sie selbstverständlich und regelmäßig stattfinden können.
- Maßnahmen gegen rechte „Kulturveranstaltungen“
- Keine Vergabe von öffentlichen Räumen (inkl. Stadthalle) an

- faschistische und rassistische Organisationen und Parteien
- Weitestgehende Verhinderung von Aufmärschen faschistischer Organisationen an öffentlichen Plätzen
- Direkte Einflussnahme und Engagement der Stadt Fürth zur Verhinderung von sog. Nazitreffpunkten
- Aktive Aufarbeitung der Geschichte der Stadt Fürth im Nationalsozialismus
- Schaffung einer Stelle zur Integrationsberatung, speziell für Mädchen und Frauen
- Aktives Engagement der Stadt Fürth zum Verbot des Freien Netzwerk Süd und deren Tarnorganisationen z.B. (BiSF)

Frauen und Gleichstellung

Unsere Stadt hat die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten besetzt, ein Gleichstellungskonzept (wenn auch überarbeitungsbedürftig) und bereits seit einer Legislaturperiode "Gender Mainstreaming" verabschiedet - alles gut weiter so oder was fehlt?

In den letzten Jahren wurde aufgrund der vielen Sparrunden auch hier kräftig eingespart. Und so wurde aus einer Vollzeitstelle eine halbe Stelle. Die Gleichstellungsstelle ist also aufgrund der vorhandenen personellen Ressourcen nicht umfassend in der Lage, Öffentlichkeitswirksam zu agieren. Um ihrem Vorbildcharakter zu entsprechen und Stadtgesellschaft und Wirtschaft motivieren und einbeziehen zu können, benötigt die Gleichstellungsstelle daher eine entsprechende Ausstattung. Denn gerade durch eine effektive Öffentlichkeitsarbeit können auch Netzwerke, Unternehmen, Frauen und Männer erreicht werden, die bisher keinen oder nur wenig Zugang zu Gleichstellungspolitik hatten.

Handlungsbedarf bei Gewalt gegen Frauen

Eine Studie des Bundesministeriums für Familie und Senioren, Frauen und Jugend zeigt insgesamt ein sehr hohes Ausmaß an Gewalterfahrungen von Frauen in Deutschland auf. Sie verweist auf einen erheblichen Bedarf vor allem an niedrigschwengigen Hilfen und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen. Nach wie vor gibt es eine hohe Dunkelziffer und bislang kaum beachtete Gruppen wie z.B. Flüchtlingsfrauen, weibliche Strafgefangene und behinderte Frauen, die aufgrund ihrer speziellen Situation besonders gefährdet sind. Wir sehen die finanzielle und personelle Absicherung von Einrichtungen und Beratungsstellen für von Gewalt betroffenen Frauen als wichtige kommunalpolitische Aufgabe und wollen eine bessere Unterstützung von Projekten vor Ort für Frauen mit Gewalterfahrung.

Mehr Chancengleichheit bei der Existenzsicherung

Frauen sind immer noch häufig allein für die unbezahlte, ehrenamtliche Familienarbeit zuständig. Ihre Erwerbsbiographien weisen häufiger Brüche auf als die von Männern. Besonders allein erziehende Frauen sind inzwischen in hoher Zahl auf ALG II angewiesen. Obwohl sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen geändert haben, ist das Angebot an familiengerechten Arbeitsplätzen zu gering.

Die kommunalen Strukturen und Angebote müssen weiter verbessert werden. Wichtig sind deshalb beispielsweise ein wohnortnaher Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen sowie Mittags- und Nachmittagsbetreuungsmöglichkeiten für alle SchülerInnen,

Kultur- und Bildungsprojekte fördern Selbstbestimmung

Für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen und Mädchen sind selbstverwaltete Frauenbildungsprojekte eine wichtige Unterstützung.

Dieses zum großen Teil ehrenamtliche Engagement braucht als Basis eine verlässliche und kontinuierliche finanzielle Unterstützung. Deshalb setzen wir Grüne uns für angemessene kommunale Finanzmittel ein, um die Zukunft von Projekten wie Frauentreff und Mütterzentrum abzusichern. Außerdem wollen wir eine Förderung der Vernetzungsarbeit und der Durchführung von Veranstaltungen der Frauenvereine.

Deshalb fordern wir Grüne:

- Erweiterung und Aufstockung der Stelle der/des Gleichstellungsbeauftragten zu einer Vollzeitstelle; aufgrund personeller und finanzieller Kürzungen ist diese Stelle aktuell chronisch unterbesetzt
- mehr Frauen in Führungspositionen in der Stadtverwaltung und für den medizinischen Bereich am Klinikum
- Arbeitnehmerfreundlichere Kinderbetreuungsangebote (vor allem mittags und am Nachmittag)
- Programme an Schulen zur Erweiterung des Berufswahlspektrums für Mädchen
- Abbau von Nachteilen bei Teilzeitbeschäftigungen bei der Stadt
- Weiterbildungsangebote an der Volkshochschule inklusive Kinderbetreuung
- Kinderbetreuung im Rathaus
- Schuldnerinnenberatung speziell für Frauen
- bessere finanzielle und personelle Absicherung von Einrichtungen und Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Frauen
- bessere Unterstützung von Projekten vor Ort für Frauen mit Gewalterfahrungen
- mehr städtische Gelder für das Frauenhaus und den Notruf für vergewaltigte Mädchen und Frauen
- kostenlose Selbstverteidigungskurse für Mädchen an Schulen und für behinderte Mädchen und Frauen an der Volkshochschule
- kostenlose juristische Beratung für Frauen mit Gewalterfahrungen
- Nachtaxi für Frauen zu Buspreisen

Integration

Ein gleichberechtigtes Miteinander von Einheimischen und MigrantInnen ist wesentliches Ziel grüner Kommunalpolitik. Das Zusammenleben verschiedener Kulturen bereichert unser gesellschaftliches Leben. Deshalb setzen wir uns für ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt ein. Wir verstehen Integration als eine an Teilhabe orientierte gesellschaftliche Aufgabe für alle – und diese muss positiv gedacht und umgesetzt werden. Aus grüner Sicht haben hier die Kommunen eine besondere Verantwortung.

Integrationskonzept – die wichtige Arbeit des Integrationsbeirats

Innerhalb der Stadtverwaltung ist die wichtige Arbeit des Integrationsbeirats in vielerlei Hinsicht zu stärken. Unter anderem wollen wir dies durch die Entwicklung eines Integrationskonzeptes nach dem Vorbild anderer Kommunen erreichen.

Langfristig bildet die städtische Verwaltung auch die kulturelle Vielfalt unserer Stadt ab, indem sie Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Migrationshintergrund zur Verfügung stellt.

Das Stadtmuseum integriert in die Dauerausstellung die Einwanderungsgeschichte unserer Stadt, um so dem Thema Migration und ihrer Bedeutung für die Stadt im letzten Jahrhundert mehr Raum zu geben.

Im Bereich der Integration von Familien muss die Stadt selbst aktiv werden. Hierzu sollte sie Familien schulen und insbesondere die Kinder über Kindergärten und Schulen erreichen. Dementsprechend muss das pädagogische Personal durch Fortbildungen auf die interkulturelle Arbeit vorbereitet werden und die Kinder entsprechend fördern sowie die Eltern beraten. Ein weiteres Merkmal der Integrationsarbeit ist das vermehrte Werben von Familien mit Migrationshintergrund als Pflegefamilie für Kinder und Jugendliche.

Vermehrte Angebote für Mädchen und junge Frauen im Bereich Sprache, Gesundheitsverhalten und Förderung der Selbstbestimmung sowie Schutzstellen für deren Integration und Emanzipation sind ebenso notwendig wie die Förderung von Existenzgründungen. Zudem sollen Ausbildungsanreize für Unternehmen von MigrantInnen geschaffen werden,

Im Bereich der Pflege ist die interkulturelle und kultursensible Ausrichtung von Alten- und Pflegeheimen mit entsprechenden Weiterbildungen notwendig.

Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten

Einer Mehrzahl der unter uns lebenden ausländischen MitbürgerInnen bleiben wesentliche bürgerliche Beteiligungsrechte vorenthalten. Nur ein Viertel von Ihnen sind als EU-BürgerInnen bei Kommunalwahlen

wahlberechtigt oder wählbar und können Bürgerbegehren initiieren oder bei Bürgerentscheiden mitbestimmen. Viele Menschen, die seit Jahren ihren Wohnsitz und Lebensmittelpunkt in Fürth haben, hier arbeiten, in die Sozialsysteme einzahlen, als Selbstständige Arbeitsplätze schaffen und Unternehmermut zeigen, bleiben so vom politischen Leben ausgeschlossen. Das ist nicht nur ungerecht, sondern eine kurzsichtige Vergeudung eines wertvollen Beitrags zu unserem Gemeinwesen.

Wir setzen uns deshalb auf allen politischen Ebenen für politische Mitbestimmung, ein künftiges kommunales Wahlrecht und das Recht einer Beteiligung an BürgerInnenbegehren und -entscheiden für alle Gemeindeangehörigen ein.

Flüchtlingspolitik

Durch politische Verfolgung, Kriege, Klimakatastrophen und sonstige Umstände sind immer mehr Menschen auf der Flucht. Auch unsere Stadt muss Flüchtlinge willkommen heißen. Wir fordern deshalb mehr Initiative bei der Gebäudeakquise, um ankommenden Flüchtlingen ein menschenwürdiges Obdach zu bieten. Wichtig ist aber nicht nur ein Obdach. Die eingewanderten Menschen benötigen zudem soziale Beratung. Die Flüchtlingsberatung muss dauerhaft besser personell und finanziell ausgestattet werden. Um die soziale Beratung zu erleichtern, sind viele kleine Einheiten über die Stadt verstreut wenig sinnvoll. Wir fordern die Festlegung auf zwei Standorte, ggf. ergänzt um mobile Beratungsangebote. Um den Flüchtlingen im Großraum Vernetzung zu ermöglichen, setzen wir uns für die Abschaffung der Residenzpflicht ein.

Deshalb fordern die Grünen:

- Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten
- Freiwillige Aufnahme von mehr Flüchtlingen
- Die Beratungsstellen innerhalb der Stadtverwaltung bieten Broschüren bzw. Beratung in mehreren Sprachen an.
- Langfristig bildet die städtische Verwaltung auch die kulturelle Vielfalt unserer Stadt ab, indem sie Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Migrationshintergrund zur Verfügung stellt.
- Größerer Beschäftigungsanteil von Zuwanderern in der städtischen Verwaltung
- Stärkere interkulturelle Förderung von PädagogInnen durch Fortbildungen
- Das Stadtmuseum entwickelt eine Dauerausstellung zur Einwanderungsgeschichte unserer Stadt, um so dem Thema Migration und ihrer Bedeutung für die Stadt im letzten Jahrhundert Raum zu geben.
- Im Bereich der Integration von Familien muss die Stadt selbst aktiv werden: Sie erreicht die Familien und insbesondere die Kinder über Kindergärten und Schulen. Entsprechend muss das pädagogische Personal durch Fortbildungen auf die interkulturelle Arbeit vorbereitet sein und die Kinder entsprechend fördern sowie deren Eltern beraten.

- Eine Förderung von Angeboten für Mädchen und junge Frauen im Bereich Sprache, Gesundheitsverhalten, Förderung der Selbstbestimmung sowie Schaffung von Schutzstellen für deren Integration und Emanzipation.
- Förderung von Existenzgründungen sowie Information, Aufklärungsarbeit und Anreize zur Schaffung von Ausbildungsplätzen auch für Unternehmen von MigrantInnen.
- Interkulturelle und kultursensible Ausrichtung von Alten- und Pflegeheimen und entsprechende Weiterbildungen für die Pflegekräfte.
- Stärkere Integration und Förderung der Emanzipation von zugewanderten Frauen
- Interkulturelle Ausrichtung von Alten- und Pflegeheimen

Kinder und Jugendliche

Zu den wichtigsten Aufgaben einer Stadtgemeinschaft gehört die Sorge für die Jüngsten, die Kinder und Jugendlichen. Die Verantwortung hierfür trägt die Familie und übernimmt dies in der Regel gerne und engagiert. In verschiedener Hinsicht ist die Stadt dennoch gefragt: Mit der veränderten gesellschaftlichen Realität ist der Familienalltag stärker auf das berufliche Leben konzentriert. Dies macht den weiteren Ausbau der Kindertagesstätten nötig. Und wenn Familien ihre Erziehungsarbeit nicht zum Wohl ihrer Kinder leisten können, sind Hilfen von offizieller Seite nötig. Armut und Wohnungsnot betreffen zu einem hohen Prozentsatz Kinder, Jugendliche und ihre Familien.

Hilfen für Familien von Anfang an

Hierzu ist es notwendig, positive Bedingungen oder Anreize zu schaffen, um ein Kind in der Familie willkommen zu heißen. Dazu zählt auch, aktiv Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und gegen Wohnungsnot zu ergreifen. Ein weiterer Aspekt ist der garantierte wohnortnahe Kinderbetreuungsplatz für Familien.

Optimierung der Sorge für das Kindeswohl

Schon frühzeitig sollen Kindern und Jugendlichen Sexualkunde (zur Aufklärung) angeboten werden. Gleichzeitig muss eine Schwangerschaftsberatung zur Verfügung stehen. Die Möglichkeit der anonymen Geburt in Fürth bei ungewollten Schwangerschaften wäre ein früher Ansatz für das Wohl von Kindern. Eine zentrale Bedeutung kommt den Hilfen und der Beratung für Kinder, Jugendliche und Familien zu, um die Familien zu stärken und der Gewalt gegen Kinder entgegenzuwirken. Kinder sollen selbst in schwierigen Situationen nur in Notfällen außerhalb ihrer Familie untergebracht werden. Hierzu braucht die Stadt ein starkes und handlungsfähiges Netzwerk. Die Kapazität der sozialen Dienste im Jugendamt muss daher den Aufgaben entsprechend angemessen ausgestattet werden. Wenn es um das Kindeswohl geht, sollte man genau beobachten und hinsehen; Sparmaßnahmen dürfen diese Arbeit nicht einschränken.

Teilhabe für Kinder aus bedürftigen Familien

Kinder, deren Eltern keine Zuzahlung für die Mittagessensversorgung leisten, müssen ohne Mittagessen auskommen. Häufig kommen die Kinder bereits ohne Frühstück in die Einrichtungen. Deshalb braucht es kostenlose Mahlzeiten in Kitas und Schulen. Denn ein leerer Magen wirkt sich immer auf die geistige Leistungsfähigkeit aus.

Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung ist zwar eine kleine Hilfe in der Not initiiert worden. Echte Teilhabe sieht jedoch anders aus. Zuviel Zeit und Geld verschlingt die Verwaltung und Verteilung der Gelder. Das Bildungs- und Teilhabepaket hat nicht den gewünschten Erfolg gebracht. In Fürth nehmen nur ca. 60 Prozent der Berechtigten Bildungsgutscheine für ihre Kinder in Anspruch. Für Nachhilfe dürfen Gutscheine laut Gesetz erst ausgegeben werden,

wenn das Vorrücken des/der SchülerIn gefährdet ist. Dies ist keine sozial gerechte Teilhabe. Wir fordern die Gründung eines Teilhabebündnisses, ähnlich dem Bündnis für Mobilität. Ziel ist es, über eine bestimmte Zeit eine kostenlose Mitgliedschaft bzw. Unterricht in Vereinen, Verbänden, Musikschulen, bei Sportangeboten, usw. zu ermöglichen, und damit die Kinder unbürokratisch an Angebote heranzuführen. Die Koordination sollte das Jugendamt übernehmen (Familien eruieren, Eltern ansprechen). Mitwirken sollten außer den Bildungsanbietern das Freiwilligenzentrum, Teilhabe-PatInnen sowie größere Firmen als SponsorInnen, LehrerInnen, ErzieherInnen, SchulsozialpädagogInnen, SchülersprecherInnen, ElternbeirätlInnen. Zusätzlich müssen Hilfen für Familien und Alleinerziehende geschaffen werden.

Gute Kindertagesstätten zahlen sich aus

Ob Krippe, Kindergarten oder Hort – Kinder brauchen Qualität. Die Einrichtung sollte für Kinder jeden Alters in erster Linie mit Beziehung und Geborgenheit ein gutes Fundament bieten. Erst dann kann die Einrichtung ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag gerecht werden. Zugleich wirkt sich die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Kita-Personal in Problemsituationen oft stabilisierend aus. Als Ausgleich zu Zivilisationsproblemen unserer Zeit müssen die Einrichtungen über eine ausreichend große naturnah gestaltete Außenfreispielfläche verfügen.

Gute Kitas entlasten Familien

Für uns sind die zuverlässige Verfügbarkeit von Plätzen in allen Stadtteilen mit familienfreundlichen Öffnungszeiten und guter Qualität besonders wichtig. Dazu braucht es aber nicht nur wohnortnahe Angebote, sondern auch solche, die den Wünschen der Eltern entsprechen sowie eine Wahlmöglichkeit unter einer Vielfalt pädagogischer Konzepte (z.B. reformpädagogische Ansätze, Waldkindergarten).

Gute Horte, Kindergärten und Krippen brauchen ausreichend Zeit für die Kinder und auch die Eltern – gewährleistet durch eine Personalausstattung, die über dem Mindest-Personalschlüssel liegt. PraktikantInnen im Anerkennungsjahr und Bürostunden des Leitungspersonals dürfen nicht in die Berechnung einbezogen werden.

Alle Kindertagesstätten müssen sich räumlich, in der Ausstattung und personell auf die Inklusion von Kindern mit Behinderungen einstellen. Vorteilhaft ist die Bildung von inklusiven Gruppen nach dem Vorbild der bisherigen „integrativen Kindergarten“.

Gesundes Essen, das in allen Einrichtungen von einer Küchenkraft frisch zubereitet wird, muss zur Selbstverständlichkeit werden. Neben dem Gesundheitsaspekt profitieren die Kinder in der Praxis vor allem dann, wenn sie bei der Zubereitung einbezogen werden.

Offene Kinder- und Jugendarbeit:

Eine langfristig geplante Stadtentwicklung sollte eine sinnvolle Planung

von sozialen Begegnungsstätten wie Spielplätzen, Bolzplätzen sowie Angeboten speziell für Mädchen beinhalten. Dazu gehören auch Jugendtreffs ohne Konsumzwang oder ansprechende wohnortnahe Grünanlagen. Soziologen haben erforscht, dass dies besonders wichtig für ein friedliches Zusammenleben ist und damit zur Gewaltprävention gehört.

Die offene Jugendarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Beteiligung von Jugendlichen und für das Heranreifen von besonderer Bedeutung.

Alle Kinder und Jugendlichen müssen die Möglichkeit haben, sich in ihren Stadtteilen zu versammeln. Sie brauchen offene Treffs in der Nähe ihres Wohngebietes. Leider sind solche nicht in allen Stadtteilen vorhanden. Sie fehlen z. B. in Burgfarrnbach und Ronhof. Wichtig für Jugendliche, die sich im Vereinsleben nicht wiederfinden, sind unter anderem Skateranlagen, Graffitiwände, Bolzplätze, usw. FreizeiteinrichtungenTreffpunkte stellen einen wichtigen Kern der Jugendarbeit dar. In diesem Bereich hat die Stadt massiven Nachholbedarf.

In Problemfällen ist manchmal auch zusätzliche Hilfe nötig. Eine wichtige Stelle ist in der Vergangenheit eingespart worden und fehlt jetzt zu einer qualitativen Jugendarbeit: Offene Jugend-Sozialarbeit mit aufsuchender Hilfe kann derzeit nicht geleistet werden.

Deshalb fordern die Grünen:

- Mehr qualitativ hochwertige Kitas vor Ort zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Besserer Schutz von Kindern vor Gewalt
- Bessere Ausstattung der Jugendämter und offene Jugendsozialarbeit
- Bessere Ausstattung der Kindertagesstätten (insbesondere personal)
- Integrative Kindergärten mit Inklusion von Kindern mit Behinderungen
- Schaffung der Möglichkeit einer anonymen Geburt
- Mehr Stadtteiltreffs für Jugendliche in allen Fürther Stadtteilen
- Mehr Skatertreffs und Graffiti ände
- Begegnungsstätten und Schutzräume für Mädchen

Kultur – Vielfalt statt Einfalt

Kunst und Kultur findet nicht nur in Museen und auf großen Bühnen statt – vielmehr sind Kunst und Kultur in einer Stadt das, was ihr Identität und Lebenslust verleihen. Damit Kunst und Kultur stattfinden können, bedarf es einer Kreativwirtschaft. Dazu gehören u.a. freiberufliche KünstlerInnen und Kulturschaffende, ArchitektInnen, MusikerInnen, GrafikerInnen, TaxifahrerInnen, FilmemacherInnen, ebenso wie Gaststätten und Kneipen, der ÖPNV, Druckereien und Galerien. Zusammen genommen hat die Kreativwirtschaft eine volkswirtschaftlich höhere Wertschöpfung als z. B. die Automobilindustrie.

Kreativwirtschaft stärken

Hierzu ist es erforderlich, die sog. Kultur- und Kreativwirtschaft als eigenständiges Wirtschaftsfeld im Bereich der Ökonomie und als Wachstumsbranche wahrzunehmen und zu etablieren sowie deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Notwendig ist, die gezielte Wirtschaftsförderung an den Bedarf von Kultur- und Kreativwirtschaftenden anzupassen – insbesondere auch für die/den Kleinst- und KleinunternehmerIn, sowie geringfügig Beschäftigte und Selbstständige. Die Kreativwirtschaft muss dabei in vorhandene Strukturen und Teilmärkte mit eingebunden werden, um Erfahrungen aufzugreifen und gleichzeitig Doppelstrukturen oder gar Kannibalisierungen zu vermeiden. Hierzu gehört u. a. die Abstimmung von kulturellen Veranstaltungen in der Metropolregion.

Eine Möglichkeit ist, den Zugang zu Fremdkapital für Kultur- und Kreativwirtschaftende zu erleichtern, z. B. durch günstige Darlehen bzw. Lotsenfunktion zur Erschließung jeweils geeigneter Finanzierungsmöglichkeiten. Zusätzlich können kostengünstige Alternativen angeboten werden, z. B. durch die Öffnung der städtischen Kulturstätten für die freie Szene ohne wirtschaftlichen Druck. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, eine Zwischennutzung von leer stehenden Gebäuden und Räumen für Kunst und Kultur kostenlos zuzulassen bzw. durch Zuschüsse zu fördern.

Hierzu zählt auch eine spezielle Förderung der freien Kulturszene, z. B. durch höhere Fördermittel aus dem städtischen Haushalt und vor allem durch eine bessere finanzielle Unterstützung der internationalen Festivals in Fürth.

Kulturreferat aufwerten

Die Grünen erachten die Schaffung eines eigenständigen Kulturreferats für sinnvoll, bzw. sollten der Ausbau und die Stärkung des aktuellen Kulturreferats zwingend erfolgen, da das Kulturreferat sowohl personell als auch finanziell chronisch unterfinanziert ist.

Gustavstraße ist Kult!

Kultur beginnt dort, wo zwei Menschen bei einem Getränk zusammensitzen und miteinander reden. Die Gustavstraße – und deren umliegende Straßen – sind ein fester Bestandteil der Fürther Kulturszene, die auch weit über die Stadtgrenze hinaus strahlt. Sie muss deshalb in ihrer gewachsenen Form als Kulturmeile mit Wohnen, Arbeiten und Kneipen soweit irgend möglich ohne Einschränkung der aktuell bestehenden Veranstaltungen, Freiflächen und Öffnungszeiten, Bestandsschutz genießen. Wir wollen keine weitere Einschränkung der Freischankflächen und -zeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Fürth hier durch städtische Satzung Rechtssicherheit analog der Biergartenverordnung herstellt und übergreifende Gesetzesinitiativen auf Bundes- und Landesebene zum bau- und immissionsrechtlichen Interessensausgleich vorträgt oder zumindest aktiv unterstützt.

Museumskonzept

Für eine Großstadt wie Fürth ist es unerlässlich, ein einheitliches Museumskonzept für alle in der Stadt bestehenden Museen zu erstellen und mögliche Synergieeffekte zu nutzen – beispielsweise ein gemeinsames Haus, unter dem die meisten Museen untergebracht sind. Zu nennen sind hierbei die *kunst gallerie Fürth*, das Rundfunkmuseum, das *Kriminalmuseum*, das *Museum Frauenultur Regional – International* und das *Dialysemuseum Fürth*. Dagegen lehnen wir Grüne das Ludwig-Erhard-Haus ab.

Kultur braucht Raum für Begegnungen

Zur Stärkung der freien Kultur- und Kunstszenen ist mittel- bis langfristig die Errichtung von Stadtteil-Kulturläden und die Etablierung von Straßenfesten/ Stadtteilfesten notwendig. Dabei geht es vor allem um eine niedrigschwellige Form des Austausches ohne Konsumzwang innerhalb der Stadtteile für Vereine, Gruppen, Institutionen und Interessengruppen. Stadtteilzentren und der multidimensionale Austausch von verschiedenen Interessengruppen schafft Identität und Zugehörigkeit.

Denkmalschutz als Chance

Der Erhalt denkmalgeschützter Gebäude ist eine Chance und keine Last, so wie es einige Bauherren immer wieder versuchen darzustellen. Die neue Herausforderung an die Architektur ist demzufolge nicht der Abriss von denkmalgeschützten Häusern zur Schaffung von „Betongold“, sondern der Erhalt und eine sinnvolle Integration der bestehenden Gebäude in neue Strukturen und Gebäude. Während die Stadt Fürth die Renovierung von denkmalgeschützten Häusern privater Eigentümer feiert, vergisst sie scheinbar im eigenen Wirken, dass Denkmalschutz keine „Privatsache“ ist, sondern auch eine öffentliche Aufgabe darstellt. Vielmehr muss die Stadt Fürth mit gutem Beispiel vorangehen und den selbst auferlegten Begriff „Denkmalstadt“ aktiv mit Leben füllen bzw. konzeptionell und verbindlich regeln. Denn welche Verpflichtungen geht die Stadt Fürth mit dem selbstaufgerufenen Begriff

„Denkmalstadt“ ein, bzw. handelt es sich dabei nur um eine leere Worthülse? Als Sofortmaßnahme muss die untere Denkmalschutzbehörde – als Hüterin des Denkmalschutzes in Fürth – aus dem Baureferat herausgenommen werden, da bei geplanten Baumaßnahmen der Denkmalschutz stets den Kürzeren zieht.

Deshalb fordern die Grünen:

- Aufwertung des Kulturreferats
- Gustavstraße soll Kulturmeile mit Wohnen, Arbeiten und Kneipen bleiben
- Stärkere Gewichtung für den Denkmalschutz
- Förderung von interkulturellen Veranstaltungen
- Schaffung und Förderung von kostengünstigen Ateliers und Übungsräumen
- Erhalt und Ausbau der städtischen Galerie
- Bezahlbare Übungsräume und Ateliers für KünstlerInnen - Zwischennutzungen zulassen bzw. fördern
- Schaffung bzw. Ausbau kultureller Bildung an Schulen und Kindergärten
- Förderung von niederschwelligen Angeboten von Musik- und Kunstunterricht in Schulen und Jugendeinrichtungen auch für sozial benachteiligte Gruppen
- Einrichtung von Stadtteilzentren
- Kein Ludwig-Erhard-Haus
- Ausgliederung der unteren Denkmalschutzbehörde aus dem Baureferat – z.B. in das Rechtsreferat

Lesben, Schwule und Transgender

Kein Mensch darf aufgrund der sexuellen Orientierung benachteiligt werden. Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender müssen nicht nur toleriert, sondern gesellschaftlich akzeptiert werden. Sie haben das Recht, als selbstverständlicher Bestandteil unserer Gesellschaft offen und angstfrei zu leben.

Fürth steht hier in der Pflicht, alle Handlungsmöglichkeiten zur Förderung tatsächlicher Gleichberechtigung und Akzeptanz auszuschöpfen. Hilfs- und Beratungsangebote für die lesbisch-schwule-transgender Community (LGBT) sind neu zu denken - inzwischen hat die Stadt Beratungssuchende auf Initiativen in der Nachbarschaft wie Fliederlich, Rosa Panther, Aidshilfe und Aidsberatung hinzuweisen und auch finanziell zu unterstützen.

Das Lebenspartnerschaftsgesetz, das durch Initiative und Druck von Bündnis 90/Die Grünen zustande kam, brachte mehr Rechte für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Von tatsächlicher Gleichstellung mit heterosexuellen (Ehe)paaren sind sie jedoch immer noch weit entfernt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Stadt ihnen als symbolischen Ausgleich für die im Vergleich zur Eheschließung höheren Kosten einen Raum im Rathaus kostenfrei überlässt.

Deshalb fordern wir Grüne:

- finanzielle Unterstützung der Stadt für Beratungssuchende
- Aufklärungsarbeit an Schulen und Jugendeinrichtungen, einschließlich Coming-Out-Beratung
- Verbindliches Handlungskonzept mit konkreten Schritten zur Verhinderung von Diskriminierungen im kommunalen Bereich

Regional und Fair

Stadt und Land bilden für uns Grüne eine Einheit. Deshalb ist es aus unserer Sicht wichtig, die Versorgungsstrukturen genauer zu betrachten und entsprechend der kommunalen Möglichkeiten Einfluss auf einen regionalen und fairen Warenaustausch zu nehmen.

Fair vor Ort

Gerade der primäre Sektor leidet als schwächstes Glied in der Wertschöpfungskette. Die regionale Nahversorgung stellt die mit Abstand ökologischste Form dar, weil der Transport entfällt und der Reifegrad stimmt. Ein weiterer Faktor ist die direkte Einflussnahme, da alle zusammenarbeiten: DienstleisterInnen, LandwirtInnen, VermarkterInnen und/oder VerarbeiterInnen.

VerbraucherInnen werden durch gute Produkte und Transparenz in der regionalen Lebensmittel- und Produktherstellung belohnt. Wir fordern die Stadt auf, konsequente Vorgaben zu erlassen und bei den städtischen Einrichtungen und städtischen Töchtern mit gutem Beispiel voranzugehen. Das schafft und erhält Arbeitsplätze und Wohlstand vor Ort.

Ökologie, Fairness und Ökonomie gehören zusammen und sind keine Gegensätze. Fair für alle ist ein nachhaltiges Wirtschaften – ein Grundprinzip der ökologischen Bewegung nach der Devise: „Keine/er wird ausgebeutet, weder Mensch noch Tier, noch Boden.“

Regional, fair und ökologisch dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wer regional und fair arbeitet, soll genauso unterstützt werden wie diejenigen, die nicht nur regional und fair, sondern bereits schon ökologisch arbeiten. Ökologisch – weil besonders nachhaltig – ist das Ziel, aber regional und fair hat Priorität. So wird das Sterben der Höfe verhindert, und man wird unabhängig von Großkonzernen und Spekulanten.

Netzwerke aufbauen

Der Aufbau von Netzwerken hat für uns oberste Priorität. Dabei kann und muss die Kommune steuernd mitwirken. Viele eigeninitiierte Bewegungen sind bereits entstanden. Aber sie müssen über die Stadtpolitik zusammengeführt werden, damit möglichst viele BürgerInnen daran teilhaben können. Das hat nicht nur mit einer finanziellen Unterstützung zu tun, sondern vor allem mit politischem Willen, der über kurzfristige Überlegungen und persönliche Befindlichkeiten hinausgeht. Bauernmärkte und „Fair Trade Town“ gehören für uns zusammen.

Fürth soll unter „Fair Trade Town“ nicht nur fair im Sinne des „Eine-Welt-Handels“ werden, sondern diesen Begriff auf regionale Produktion ausweiten. Für uns Grüne ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Stadt Fürth als Nachfragerin und Konsumentin in ihrer Beschaffung nach diesen Kriterien als Vorbild handelt. Es kann nicht angehen, dass Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können, weil sie nicht adäquat bezahlt werden. Daher soll im Sinne von „Think global, act local“ ein

Verhaltenskodex etabliert werden, der allen gerecht wird: Der Mensch in einer globalisierten Welt und der Umwelt, die eben nicht in regional und global teilbar ist.



Deshalb fordern die Grünen:

- Förderung von ökologischem und regionalem Anbau
- Förderung von fairen und regionalen Produkten bei öffentlichen und städtischen Einrichtungen
- Erhalt der Anbauflächen, z.B. im Knoblauchsland
- Keine weitere Flächenversiegelung
- Vernetzung der bereits zahlreich bestehenden Initiativen, die sich für regionalen fairen Warenaustausch engagieren

Soziales

Armut hat leider Zukunft, gerade in Bayern. Jeder siebte private Haushalt in Bayern ist verschuldet. Tendenz steigend. Die an anderer Stelle ausgeführte Wohnungsproblematik trifft finanziell schlecht gestellte und behinderte Menschen besonders hart. Somit definiert Armut sich nicht nur durch ein Einkommen unter der Armutsschwelle. Armut ist immer mehrdimensional. Immer weniger Menschen haben die Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens. Sie stecken in der Armutsfalle. Wer ein niedriges Einkommen hat, ist auch im Alter arm. Dies trifft besonders oft auf Frauen zu.

Diese Entwicklung der zunehmenden Altersarmut wird in Zukunft zu einem großen Problem. Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern sind neben Jugendlichen, die nie den Eintritt in die Arbeitswelt schaffen, die Hauptverlierer. Das Armutsrisko von Alleinerziehenden ist in Bayern fast dreimal höher als das der Gesamtbevölkerung. 30% sind auf Sozialleistungen oder Arbeitslosengeld angewiesen, 56% aller in Armut lebenden Kinder in Bayern stammen aus Familien mit vier oder mehr Kindern.

Für Menschen, die unter dem Existenzminimum leben, gibt der Fürth-Pass die Möglichkeit vergünstigter Eintritte. Um die Teilhabe dieses Personenkreises zu gewährleisten, müssen weitere Angebote, z. B. VHS-Kurse mit Preisbindung in den Fürth-Pass einbezogen werden. Für das Recht auf Mobilität wurden mit dem Mobilitätstaler erste Schritte gemacht, unser Ziel bleibt ein echtes Sozialticket. Um das Grundrecht auf Strombezug zu erhalten, setzen wir uns für soziale Stromtarife ein. Die Ermäßigungen können zugleich Anreize für energiesparendes Verhalten setzen. Stromsperrungen sind unmenschlich und müssen vermieden werden.

Hier hilft eigentlich nur, dass der Energieversorger, hier namentlich die INFRA, (zusätzlich zu dem Energiesparcheck) bei ersten Anzeichen von signifikanten Zahlungsstörungen, spätestens aber mit der Sperrandrohung, sofort eine Beratungsstelle oder eine Vertrauensperson, z. B. eine Sozialarbeiterin, vermittelt.

Hilfen für Familien und Alleinerziehende

Kinder aus finanziell schwachen Familien dürfen in der Bildung nicht weiter benachteiligt werden. Ihre Betreuungszeit in der Kita muss sich nach pädagogischen Gesichtspunkten richten und nicht nach dem Geldbeutel. Wir sollten die Chance nicht verpassen, um hier frühzeitig Förderdefizite auszugleichen. Gebundene Ganztagschulen müssen sich bei diesen Kindern dringend anschließen, um eine durchgängig gute Förderung zu ermöglichen. Bildungsgutscheine für kostenlose Schnupperangebote im Sportverein, der Musikschule oder für Malkurse und sonstige kreative Projekte sind notwendig.

Beihilfen zu Anschaffungen von Schulmaterial sowie von Ausstattungen für Freizeitgestaltung und Vereinsleben für SchülerInnen ermöglichen manchem erst die Teilhabe bzw. den Besuch weiterführender Schulen.

Die Fürther Tafel stellt für viele einen wichtigen Beitrag für mehr Lebensqualität dar. Langfristig müssen diese Tafeln überflüssig werden, allerdings liegt das nicht in der Hand der Stadt. Die Stelle des Behindertenbeauftragten wurde nach Ausscheiden des Mitarbeiters nicht wieder besetzt. Wir fordern, diese Aufgabe entsprechend ihrem Stellenwert neu zu besetzen. Alle in dieser Stadt lebenden Menschen sollten sich entsprechend vertreten wissen, es braucht eine/n Behindertenbeauftragte/n in einer Stadt dieser Größenordnung.

Demografie – Leben im Alter

Damit die Menschen möglichst lang in ihrer gewohnten Umgebung leben können, bedarf es einer echten Nahversorgung, vorzugsweise mit einem kleinen Wochenmarkt bzw. Bauernmarkt in der Innenstadt ebenso wie in den Stadtteilen. Wertvolle Unterstützung kann für Menschen mit eingeschränkter Mobilität und in vielen anderen Lebenssituationen das Freiwilligenzentrum bieten. Wir wollen den Menschen, die dort aktiv sind, mehr Wertschätzung geben und fordern deshalb als kleinen Beitrag einen Freiwilligenpass mit Vergünstigungen.

Deshalb fordern die Grünen:

- Stärkung und Erweiterung des Fürth-Passes
- Mehr und bessere Beratungsmöglichkeiten
- Mehr Möglichkeiten, Bildungsgutscheine nutzen zu können
- Kostenlose Schnupperangebote in Sportvereinen und Musikschulen
- Stärkung der Fürther Tafel
- Neubesetzung des Behindertenbeauftragten
- Wohnortnahe Grundversorgung und Barrierefreiheit vor allem für ältere Menschen mit eingeschränkter Mobilität
- Konzepte zur Vermeidung von Strom- und Gassperrungen und Einführung eines Sozialtarifs bei Strom, Gas, sowie ein echtes Sozialticket

Verkehr

Die Leitlinien Grüner Verkehrspolitik sind Nachhaltigkeit, Finanzierbarkeit und Alltagstauglichkeit. Deshalb wollen wir den öffentlichen Nahverkehr in Fürth gezielt ausbauen und mehr Leute dazu bewegen, das Auto stehen zu lassen. Statt wie bisher von Fall zu Fall über einzelne Linienführungen zu entscheiden, soll Fürth - wie andere Nachbarstädte - einen städtischen Nahverkehrsplan entwickeln, der als Richtlinie beim Aufbau eines zukunftsfähigen Nahverkehrsnetzes dient. Kurz gesagt: Durch eine intelligente Nahverkehrsplanung wollen wir die Abhängigkeit vom eignen Auto verringern.

Autoverkehr durch attraktive Alternativen unnötig machen

Ziel grüner Politik für Fürth ist es, den Autoverkehr zu reduzieren, indem der öffentliche Nahverkehr attraktiv gestaltet, die Möglichkeiten für FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen verbessert und somit das eigene Auto schlicht unnötig wird. Ein bequemes und einfach nutzbares Carsharing-Angebot stellt einen Pkw zur Verfügung, sollte kurzfristig ein kostengünstiges Transportmedium benötigt werden. Wir setzen uns mit Nachdruck für die Einführung eines lückenlosen und bezahlbaren Semestertickets ein.

Schienenverkehr verbessern

Der Hauptbahnhof und sein Umfeld sind die Visitenkarte unserer Stadt. Wir machen Druck auf die Bahn, damit er endlich umfangreich renoviert wird, statt nur Stückwerk zu betreiben. Einen Halt

Von Fernverkehrszügen, die durch Fürth fahren, wollen wir möglich machen. Der Bau des Güterzugtunnels Richtung Erlangen muss zur Entlastung der AnwohnerInnen so schnell wie möglich erfolgen. Im Gegensatz dazu muss der sinnlose S-Bahn-Verschwenk ins Knoblauchsland gestoppt werden. Für die S-Bahn nach Erlangen fordern wir die schnelle Einführung eines verlässlichen 20-Minuten-Taktes. Eine Verbindung der Gräfenbergbahn mit der Rangaubahn nach Cadolzburg über die Nürnberger Ringbahn wäre eine einfache Möglichkeit, auf bestehenden Gleisen neue Verbindungen zu ermöglichen und eine Verbindung zur Stadtumlaufbahn zu erreichen. So wie die U1 für viele ArbeitnehmerInnen Fürths die Gewerbegebiete im Nürnberger Süden erschließt, würde diese Verbindung den Nürnberger Nordosten erschließen.

Busverkehr in Fürth: Modernisieren statt ausdünnen!

Unser Ziel ist die Verbesserung des Fahrplanangebots durch kürzere Taktzeiten beiden Bussen statt einer Ausdünnung der Verbindungen, wie sie derzeit betrieben wird. Besonders die Buslinien in Vach, Stadeln und Atzenhof sind unbefriedigend. Eine intelligente Abstimmung der Busfahrpläne auf die U-Bahn-Anschlüsse und eine bessere Abstimmung mit den Nachbarkommunen für den „grenzüberschreitenden“ Nahverkehr, z. B. zwischen Burgfarrnbach und Cadolzburg sowie kür-

zere Fahrzeiten durch Busspuren und Ampelvorrangschaltungen machen den Bus als Verkehrsmittel schneller und attraktiver. Nicht zuletzt entscheidet auch der Fahrpreis über die Attraktivität der Busse und Bahnen. Die Stadt Wien hat hier mit einem mutigen Schritt Maßstäbe gesetzt und den Preis für die Jahreskarte auf einen Euro pro Kalendertag, als 365 Euro pro Jahr reduziert und einen enormen Zuwachs an Fahrgästen verzeichnet. Dies könnte auch Fürth und dem gesamten VGN als Vorbild dienen. Der Nightliner wird in Fürth ab 0.30 Uhr eingesetzt.

Busfahren ist schon heute umweltfreundlich. Die CO2- und Feinstaubemissionen der Busflotte wollen wir GRÜNE durch die Umstellung auf Erdgasantrieb und den Einbau von Dieselfiltern weiter verringern.

Fürth zu Fuß und mit dem Fahrrad: emissionsfrei, gesund und kostengünstig!

Fuß- und Fahrradverkehr sind neben den öffentlichen Verkehrsmitteln die zweite wichtige Säule Grüner Verkehrspolitik. Dazu wollen wir Fußwege ausbauen und eine besser durchdachte Planung des Fuß- und Fahrradwegenetzes umsetzen. Eingeschlossener Fahrrad-Innenstadtring könnte z. B. die Orientierung einfacher machen. Das Radwegenetz wollen wir GRÜNE unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Senioren/innen ausbauen. Ein Fahrradleihsystem mit Leihräder an wichtigen Bus- und Bahn-Haltepunkten sorgt für bessere Verknüpfung zum öffentlichen Nahverkehr. Wer sein eigenes Fahrrad mitführen möchte, muss die Möglichkeit durch ein Angebot in Bussen und ein verbessertes Angebot in den Bahnen erhalten. Gesondert markierte Fahrradstreifen (z.B. in der Friedrichstraße), weitere Fahrradstraßen, eine neue Verbindung zwischen Südstadt und Innenstadt (durch den fahrradgerechten Umbau des Luisentunnels, des Tunnels an der Schwabacher Straße und Jakobinenstraße) sowie die Schaffung von mehr und überdachten Fahrradabstellplätzen sind weitere Schritte auf dem Weg zu unserem Ziel, Fürth zur Fahrradhauptstadt Deutschlands zu machen.

Da all diese Dinge Geld kosten, wollen wir das Budget im Radweghaushalt erhöhen und nicht, wie zuletzt geschehen, immer weniger bereitstellen. Auch in einer stärkeren Zusammenarbeit mit anderen Kommunen und Netzwerken (wie mit der nationalen Fahrradkommunikonferenz und der nationalen Fahrradakademie) liegen bisher nicht genutzte Möglichkeiten, die es gilt zu verbessern.

Autoverkehr: weniger, langsamer, sicherer

Besonders vor Schulen und Kitas und an Gefahrenstellen wollen wir generell Tempo 30 einführen. Hinzu kommen mehr Spielstraßen und verkehrsberuhigte Zonen. Statt in weitere Großprojekte des Straßenneubaus wie z. B. eine Westumgehung oder den Ausbau des Frankenschnellwegs wollen wir Geld in den Erhalt der bestehenden Straßen investieren bzw. zur Senkung der Unterhaltskosten punktuell Straßen zurückbauen.

Weniger Autoverkehr bedeutet auch, dass keine neuen Parkhäuser gebraucht werden. Viele Fahrbahnen können auf eine Spur verringert werden (z. B. westlich des Sparkassenhochhauses), um stattdessen mehr Platz für Geh- und Radwege, sowie Grünstreifen mit zusätzlichen Straßenbäumen zu schaffen. Die Stadt wird lebenswerter, der Unterhalt günstiger.

Deshalb fordern die Grünen:

- Verbesserung des Bus- und Zugverkehrs mit kürzeren Taktzeiten, Ampelvorrangsschaltungen und Busspuren, bessere ÖPNV-Anbindung der Gewerbegebiete
- Fahrtbeginn der Nightliner bereits um 0.30 Uhr
- Erstellung eines Nahverkehrsplanes für Fürth (und Nürnberg)
- Neue Busse mit Erdgas oder Hybridantrieb
- Förderung des Car-Sharings und Nutzung durch die Stadtverwaltung
- Ausbau des Radverkehrs und Förderung eines Fahrrad-Leihsystems
- Förderung eines Fahrrad-Leihsystems
- Mehr Tempo 30-Zonen – insbesondere vor Schulen und Kindergärten
- Erhalt und Renovierung des Hauptbahnhof als Visitenkarte Fürths
- Verhinderung des unnötigen S-Bahn-Verschwenks ins Knoblauchsland
- Einführung eines 365 Euro-Jahrestickets für Fürth/Nürnberg/Erlangen (1 Euro pro Tag) und eines lückenlosen und bezahlbaren Semestertickets
- Keine Autobahnverbindungsstraße zwischen A 73 und B 8 („Westumgehung Fürth); kein Ausbau des Frankenschnellwegs
- Durchbindung der Rangaubahn nach Nürnberg-Nordost und Verknüpfung mit der Stadtbahn Nürnberg-Erlangen
- Halt von Fernverkehrszügen am Hauptbahnhof Fürth

Wirtschaft: Fürth – mehr als nur eine Schlafstadt!

Arbeiten, Wohnen, Einkaufen, Bildung und Betreuung an einem Ort: Unser Grundgedanke bringt alle Lebensbereiche in eine räumliche Nähe zueinander. Die EinwohnerInnen sollen an einem Ort arbeiten und wohnen können, Kinderbetreuung und Bildungseinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten sowie attraktive Freizeit- und Kulturangebote müssen mit geringem Zeitaufwand erreichbar sein.

Fürth hat in der Vergangenheit viele industrielle Arbeitsplätze verloren. Grundig und Quelle mussten beispielsweise schließen. Der Fokus auf die Großen verstellt jedoch den Blick auf kleine und mittlere Betriebe (KMU). Gerade die mittelständischen Unternehmen bringen bundesweit die größte Anzahl an sozialversicherten, langfristigen Arbeitsplätzen.

Neue Gewerbebetriebe für Fürth

Es ist also notwendig, Fürth als Standort für den Bestand und die Neuansiedlung von produzierenden und /oder forschenden Unternehmen attraktiver zu gestalten. Vor allem mittelständische Unternehmen schaffen bundesweit die größte Anzahl an langfristigen, sozialversicherten Arbeitsplätzen.

Wir Grünen fordern dazu eine Erweiterung des Wirtschaftsreferates, das eine Strategie für die Ansiedlung nachhaltig und fair wirtschaftender Betriebe entwickeln soll.

Auslobung von Unternehmen

Wir Grünen schlagen vor, dass die Stadt Fürth zur Unterstützung dieser Maßnahmen einen Wettbewerb für Unternehmen auslobt. Die Teilnehmer werden im Rahmen einer Veranstaltung öffentlich benannt und profitieren somit im Hinblick auf Image und Bekanntheitsgrad.

Gemeinsames Ressourcenmanagement

Wir Grünen fordern eine engere Zusammenarbeit innerhalb der Stadt Fürth und des Großraumes Nürnberg/Fürth/Erlangen, um die wenigen verfügbaren Gewerbeflächen besser zu nutzen und den rasanten Flächenverbrauch zu beenden. Der Wettbewerb darum, ob ein Betrieb sich diesseits oder jenseits der eigenen Stadtgrenze ansiedelt ist kontraproduktiv für alle Beteiligten und Betroffenen. Hier muss ein gemeinsamer Weg gefunden werden.

Wir Grünen wollen mehr Beteiligung der BürgerInnen, wenn es um Entscheidungen über Ausgaben und Investitionen gehen. Die Haushaltspannung soll transparent und nachvollziehbar erfolgen. Wir wollen die Neuverschuldung beenden und Ausgaben sinnvoll gewichten.

Fokus Stadtentwicklung

Wir Grünen legen einen Schwerpunkt auf die Lebensqualität in unserer Stadt. Dafür ist ein erhöhtes Augenmerk auf die Entwicklung der Innenstadt und der angrenzenden Stadtteile zulegen. Die jahrelange Misere rund um das „City Center“ hat die Situation für den innerstädtischen Einzelhandel außerordentlich verschlechtert. Die Stadt muss wieder attraktiv und Einkaufen wieder Vergnügen werden. Dabei ist mittel- bis langfristig ein Innenstadtkonzept zur Aufwertung und Entwicklung der Innenstadt vorzulegen. Dies kann u.a. beinhalten, dass der Inhabergeführte Fach- und Einzelhandel höher bewertet und unterstützt wird als Filialisten, und dass künftig in der Innenstadt keine geschlossenen und autarken Einkaufszentren entstehen. Gleichzeitig gilt es, die Aufenthaltsqualität und Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen und die Anbindung durch den ÖPNV zu verbessern, statt immer mehr Parkhäuser, Tiefgaragen und Parkzonen (z.B. Fürther Freiheit) für den Individualverkehr zu schaffen.

Wir Grünen wollen erreichen, dass wir FürtherInnen alle Lebensbereiche in unserer Stadt auch wirklich mit Leben füllen können.

Deshalb fordern die Grünen:

- Arbeiten, Wohnen, Kaufen, Bildung/Betreuung an einem Ort
- Kommunale Wirtschaftspolitik aus einem Guss mit einem Schwerpunkt auf KMU
- Förderung regionaler mittelständischer Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Erhöhung der Gewerbeeinnahmen
- Strategieentwicklung und Wirtschaftsförderung nach ökologischen Aspekten
- Fürth ruft einen Wettbewerb für Unternehmen ins Leben (Hitliste der) Kriterien: Arbeitsplatzindex, nachhaltiges Gewerbe, ökologische und ökonomische Rentabilität, Energiemanagement, Grundsätze der verantwortlichen Unternehmensführung (Corporate Governance Kodex)
- Verteilung der Grundflächen im Gleichgewicht von Wohnen und Gewerbe
- Flächenmanagement in Abstimmung innerhalb des Großraumes
- Transparente Haushaltsplanung und -konsolidierung mit mehr BürgerInnenbeteiligung
- Langfristige Konzepte zur Stärkung und Entwicklung des Innenstadtbereichs und des wohnortnahmen Einzelhandels
- Dauerhaft fester Standort des Fürther Wochenmarkts
- Nahversorgung in allen Stadtteilen, Kulturangebote, Veranstaltungen, Gastronomie
- Bessere Anbindung der Innenstadt durch den ÖPNV
- vollständige Rekommunalisierung der Wasserversorgung
- keine Privatisierung städtischer Daseinsvorsorge (z.B. Klinikum)
- keine PPP-Projekte

Wohnungspolitik

Die aktuelle Wohnungslage in Fürth ist prekär. Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper. Der Mietwohnungsbau stagniert und die wenigen Wohnungen, die neu geschaffen werden, sind für viele unerschwinglich. Mieten steigen und die wenigen freien Flächen werden mit Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern bebaut.

Bezahlbarer Wohnraum

Dies können und werden wir Fürther Grünen nicht einfach hinnehmen. Wohnungspolitik für Fürth zukunftsfähig zu gestalten, heißt deshalb für uns: bezahlbarer Wohnraum in einem sozial gemischtem und individuellem Wohnumfeld im gesamten Stadtgebiet.

Instandhaltung

Die Sanierung und Instandhaltung von Altbauten hat Vorrang vor Neubauten, insbesondere bei Denkmalschutz. So kann das historisch gewachsene Stadtbild weitgehend erhalten werden. Bei der Altbausanierung ist stets der optimale Energiestandard anzustreben.

Das Ergebnis einer Sanierung muss erfolgreich für beide Seiten sein, also für den/die EigentümerIn oder VermieterIn und den/die MieterIn. Um dies zu erreichen, fordern wir, Fördermittel von der Stadt nur zu vergeben, wenn diese Voraussetzungen eingehalten und geprüft wurden. Anreize und Beratungsangebote für neue Wohnformen müssen geschaffen werden. Die Stadt soll sich über den Städetag dafür einsetzen, dass Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene neu entstehen bzw. ausgeweitet werden. Dies sind oberste Ziele der grünen Stadtplanung!

Erweiterung vom Energieberatungszentrum zum umwelt- und demografiegerechten Zentrum: Das Energieberatungszentrum der Infra muss sich zur Unterstützung des barrierefreien Umbaus von Wohnungen entsprechende Kenntnisse aneignen.

“Allen gerechtes Wohnen”

Zur Schaffung eines sozialen, individuellen und gemischten Wohnumfeldes im gesamten Stadtgebiet gilt es ein “Allen gerechtes Wohnen” zu schaffen, das die Bedürfnisse verschiedenster Bevölkerungsgruppen einbezieht und zusammenführt: Alte und Junge, Familien mit und ohne Kinder, Alleinlebende und Menschen mit Behinderungen. Jeder sollte in der Nähe Einrichtungen und Angebote für seine Bedürfnisse finden. Zusätzlich muss darauf geachtet werden, dass der Nachbarschaftshilfe, der gemeinschaftlichen Pflege und Assistenz älterer BürgerInnen, sowie die Bereitstellung gemeinschaftlich genutzter Räume und Einrichtungen wieder mehr Gewicht bei der Fürther Stadtplanung gegeben wird.

Vermeidung von Gentrifizierung

Wir wollen Wohnungsbaugesellschaften und EigentümerInnen verpflichten, den Bestandsschutz für „AltmieterInnen“ bei Altbausanierungen einzuhalten, um deren „Vertreibung“ (Gentrifizierung) zu vermeiden. D.h. eine Begrenzung der Mieterhöhungen nach Umbaumaßnahmen.

Die Stadtverwaltung soll private Gemeinschaftsinitiativen im Wohnungsbau bei der Suche nach einer geeigneten Immobilie bzw. eines Grundstücks unterstützen. Leerstände und sanierungsbedürftige Gebäude sollen bei der städtischen Baubehörde verzeichnet werden.

Leerstand vermeiden

Langfristiger Leerstand und gewerbliche Umnutzung verschärfen die derzeitige Wohnraumknappheit. Wir wollen deshalb die bestehenden landesgesetzlichen Ermächtigungen ausschöpfen und gegen Leerstand und Wohnraummissbrauch unter anderem durch eine Fürther Zweckentfremdungssatzung vorgehen“. Im Fall von Unstimmigkeiten kann ein professionelles und unabhängiges Konfliktmanagement hinzugezogen werden.

Flächenversiegelung

Um Grünflächen zu erhalten und einer weiteren Flächenversiegelung vorzubeugen, sind für Neubauten zuerst Baulücken zu schließen und wo möglich und verträglich für die Umgebung Dachgeschosse auszubauen oder aufzustocken. Barrierefreiheit muss bei Altbausanierungen und Neubauten von öffentlichen Gebäuden sowie dem gesamten städtischen Straßenbau so weit wie möglich berücksichtigt werden.

BürgerInnenbeteiligung und Konflikte beim Denkmalschutz

GRÜNE Baupolitik beinhaltet größtmögliche Transparenz und Mitbestimmung von Anfang an (siehe Kapitel BürgerInnenbeteiligung).

Immer wieder kommt es zu einem Interessenkonflikt zwischen Baureferat und unteren Denkmalschutzbehörde bei geplanten Baumaßnahmen. Deshalb fordern die Grünen die Verlagerung der unteren Denkmalschutzbehörde in das Rechtsreferat.

Deshalb fordern die Grünen:

- Erweiterung vom Energieberatungszentrum zum Zentrum für Umwelt- und Demographiegerechtigkeit
- Das Energieberatungszentrum der infra muss sich zur Unterstützung des barrierefreien Umbaus von Wohnungen entsprechende Kenntnisse aneignen.
- Sanierung und Geschossaufstockung vor Neubau, bevorzugt in vorhandene Baulücken.

- Begrenzung von Mieterhöhungen nach Wohnungssanierungen und bei Neuvermietungen
- Vorrang von Sanierungen bestehender Gebäude vor dem Neubau
- Vermeidung von Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum (z.B. Regelung mittels einer Satzung)
- Initiierung von neuen Projekten zum sozialen Wohnungsbau
- Förderung alternativer Wohnprojekte
- Lobbyarbeit im Deutschen Städtetag für neue staatliche Förderprojekte